



Franciscans International
A voice at the United Nations

Franciscans International



Geschäftsbericht 2013



FRANCISCANS INTERNATIONAL

Die Franziskanische Familie besteht aus annähernd 750.000 Mitgliedern verschiedener Orden, Kongregationen und Gemeinschaften, welche die Grundsätze von Franz von Assisi in die Tat umsetzen. Schwestern, Brüder und mehrheitlich Laien haben sich der Gerechtigkeit und dem Frieden verpflichtet.

Franciscans International (FI) ist eine Nichtregierungsorganisation (NGO), die sich für die Förderung, den Schutz und die Respektierung der Menschen- und Umweltrechte einsetzt. Seit ihrer Gründung im Jahr 1989 engagiert sich FI durch Lobbyarbeit gegen die Verletzung und Einschränkung der Menschenrechte. FI lässt sich von den franziskanischen Werten inspirieren, die eine Weltgemeinschaft anstreben, in der die Würde jeder Person respektiert wird, die Ressourcen fair geteilt werden, die Umwelt geschont wird und Nationen sowie Völker in Frieden leben. Im Jahr 1995 erhielt FI vom ECOSOC (Economic and Social Council, Wirtschafts- und Sozialrat) den „General Consultative Status“ (allgemeinen Beraterstatus) zuerkannt, der FI erlaubt, Menschenrechts- und Umweltprobleme direkt in UN-Gremien vorzubringen.

FI kann sich auf ein großes Netzwerk von franziskanischen Menschen stützen, die in beinahe 160 Ländern in höchst sensiblen Bereichen tätig sind. Franziskanische Frauen und Männer, die in der ganzen Welt unmittelbar an der Basis arbeiten, machen FI auf Menschenrechts- und Umweltprobleme aufmerksam. FI bringt diese Themen dann auf die Tagesordnung von UN- und anderen internationalen und regionalen Gremien. Darüber hinaus unterstützt FI franziskanische und andere lokale Partner (religiöse wie auch Laiengruppen) durch Kapazitätsaufbau, Bewusstseinsbildung sowie bei Kampagnen auf nationaler und internationaler Ebene.

FRANCISCANS INTERNATIONAL GESCHÄFTSBERICHT 2013

FRANCISCANS INTERNATIONAL	2
EINLEITUNG	4
BRIEF DES PRÄSIDENTEN	4
FRANCISCANS INTERNATIONAL LOBBYSTRATEGIEN	5
EIN BLICK AUF WICHTIGE ERFOLGE 2013	5
2013 IM ÜBERBLICK	6
REGIONALPROGRAMME	8
AFRIKA	8
AMERIKA	12
ASIEN-PAZIFIK	16
EUROPA	20
EINFLUSS AUF DIE WELTPOLITIK	21
BEGINNEN WIR AM ANFANG: GEBURTENREGISTRIERUNG FÖRDERN	21
FÖRDERUNG VON UMWELT- UND SOZIALER GERECHTIGKEIT	22
FINANZEN	24
DANK	24
FINANZEN IM ÜBERBLICK 2013	25
HANDELN UND EINEN UNTERSCHIED MACHEN	26
ABKÜRZUNGEN	27

BRIEF DES PRÄSIDENTEN

Im Jahr 2013 setzte Franciscans International die begonnenen Restrukturierungsmaßnahmen fort, um noch wirksamer für unsere Vision und Mission eintreten zu können. Wie der Finanzbericht am Ende dieser Broschüre zeigt, ist die finanzielle Lage heute stabil, was sich in einer positiven Bilanz Ende Dezember 2013 äußert.

Nach wie vor bildet FI eine nachhaltige Brücke zwischen den franziskanischen Frauen und Männern an der Basis einerseits und den Vereinten Nationen andererseits. In 44 Ländern rund um den Globus wird lebenswichtige Arbeit für die Unterprivilegierten unserer Gesellschaften geleistet. Kernthemen-



*25-Jahr-Feier
von FI in Genf:
Br. Benedict vom
IBD und Sr. Anne,
FI-Praktikantin*

bereiche von FI im Jahr 2013 waren: nachhaltige Entwicklung, Wirtschaft und Menschenrechte, extreme Armut und Rechtsgleichheit, Migration sowie die Verletzung der Rechte von Kindern, Frauen und indigenen Bevölkerungsgruppen. FI wird auch weiterhin ein Sprachrohr für die Sprachlosen bei den Vereinten Nationen sein sowie ein sichtbarer und hörbarer Anwalt für die Unterdrückten. FI hat detaillierte Berichte verfasst, auf UN-Konferenzen mündliche Stellungnahmen abgegeben und Anlässe organisiert, um auf verschiedene Menschenrechtsprobleme aufmerksam zu machen. Dies trug dazu bei, den

Anliegen der in Armut lebenden Bevölkerung auf höchster Ebene der internationalen Gemeinschaft Gehör zu verschaffen und auf Umweltmissbrauch hinzuweisen. Zudem wurden Änderungsvorschläge zu nationalem und internationalem Recht und zu politischen Strategien eingebracht. Die Bemühungen von FI zur Bewahrung von Mutter Erde haben besondere Bedeutung, da sich die Ernennung von Franz von Assisi zum Schutzpatron der Ökologie durch Papst Johannes Paul II. zum 35. Mal jährte.

FI könnte die Arbeit nicht fortsetzen ohne die Unterstützung der franziskanischen Orden und Kongregationen, von Hilfswerken und Stiftungen sowie weiteren institutionellen und privaten Spenderinnen und Spendern. Die in diesem Geschäftsbericht aufgeführten Tätigkeiten sind das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen der Franziskanischen Familie, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros, inklusive Praktikantinnen und freiwilliger Helfer, sowie der Spenderinnen und der Spender.

Abschließend sei zum 25-jährigen Jahrestag der Anerkennung als Nichtregierungsorganisation (NGO) durch die Vereinten Nationen daran erinnert, wie und warum es überhaupt zur Gründung von FI kam. Im Jahr 1982 träumten Br. Dionysius Mintoff (Franziskaner aus Malta) und Sr. Elizabeth Cameron (Franziskanerin aus den USA) davon, dass die Franziskanische Familie eine Vertretung bei den Vereinten Nationen erhalte. Die Idee entwickelte sich bald zu einem gemeinsamen Projekt der gesamten Franziskanischen Familie und im Jahr 1989 erkannte die Hauptabteilung Presse und Information (Departement of Public Information, DPI) der Vereinten Nationen FI offiziell als eine NGO an. Seither haben viele franziskanische Frauen und Männer sowie kompetente Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die Organisation belebt und geführt, einschließlich des aktuellen Teams der Konferenz der Franziskanischen Familie, des Aufsichtsgremiums sowie des Leiters und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mögen wir unseren künftigen Weg auf dem Glauben und den Werken derjenigen, die uns vorangingen, aufbauen und den wichtigen Dienst der Franziskanischen Familie an den Menschen in Armut und an der Erde fortführen. Auch in schwierigen Situationen hat FI nie aufgehört, gefährdeten Menschen durch Engagement und Lobbyarbeit bei den Vereinten Nationen beizustehen, sowohl in Genf als auch in New York. 2013 war ein Jahr außerordentlicher Erfolge, wofür wir außerordentlich dankbar sind.



Doug Clorey, OFS
Präsident des FI-Aufsichtsgremiums

EIN BLICK AUF DIE WICHTIGSTEN ERFOLGE 2013

Kampf gegen Ungerechtigkeit durch internationale Lobbyarbeit

In jeder Ecke der Welt leben und arbeiten franziskanische Menschen unter den ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen. Aus erster Hand erleben sie Armut, Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden. Unser internationales Lobbysystem stützt sich auf solche direkten Erfahrungen von franziskanischen und anderen Partnern an der Basis und verbindet unser Netzwerk vor Ort mit den Vereinten Nationen, indem es ihre Stimmen vor ein Forum bringt, wo sie von Entscheidungsträgern weltweit gehört werden.

Im Jahr 2013 intensivierte FI diese Form der Lobbyarbeit, um noch höhere Wirksamkeit zu erreichen. Dabei konzentrierte FI sich auf spezifische Themenbereiche, nämlich Umweltgerechtigkeit, insbesondere in Bezug auf die Rohstoffindustrie, Kinderschutz, hier vor allem die Geburtenregistrierung, sowie Menschenhandel. Über die beiden Büros in Genf und New York konnte FI sich auch erfolgreich für einen Rechtsansatz bei der Agenda zur Nachhaltigen Entwicklung einsetzen. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Engagement für nachhaltige Entwicklung sowie auf Wirtschafts- und Menschenrechtsfragen vor dem ECOSOC, der Generalversammlung und dem Menschenrechtsrat, wobei auch Verbindungen zwischen den verschiedenen Foren hergestellt wurden.

Den Menschen vor Ort eine Stimme geben

Wir sind der Überzeugung, dass die internationale Gemeinschaft konsequenter auf die vielfältigen aktuellen Herausforderungen einer immer komplexeren Welt reagieren sollte, die die Rechte lokaler Gemeinschaften aushöhlt und insbesondere Frauen und Kinder benachteiligt. 2013 bemühten wir uns daher vor allem um geeignete Maßnahmen und Partner vor Ort, um Gerechtigkeit für Opfer herzustellen, Missbräuche anzuklagen und weiteren Übergriffen durch konkrete Veränderungen vorzubeugen.

Franziskanische Aktive sowie andere engagierte Partner aus Gemeinschaften, die mit ökologischer, sozialer oder wirtschaftlicher Ungerechtigkeit konfrontiert sind, spielten bei unserer Lobbyarbeit 2013 eine zentrale Rolle. Sie kamen bei UN-Veranstaltungen selbst zu Worte und konnten so zu den verhandelten Themen kraftvolle Zeugnisse aus erster Hand ablegen. Das UN-Instrument der Allgemeinen Regelmäßigen Überprüfung (Universal Periodic Review, UPR) gibt FI die Möglichkeit, solchen lokalen Stimmen vor internationaler Kulisse Gehör zu verschaffen.

Die länderspezifische UPR-Arbeit von FI bezog 2013 Franziskanerinnen und Franziskaner, die an der Basis arbeiten sowie andere lokale Partner in 44 Ländern mit ein.

Nachhaltige Entwicklung: Globale Lösungen für lokale Probleme

FI setzte sich für mehr soziale und Umweltgerechtigkeit sowie eine nachhaltigere und gerechtere Welt ein. In der internationalen Debatte über Armutsreduktion und Entwicklung betonten wir die Notwendigkeit, die Lücke zwischen Menschenrechts- und Entwicklungspolitik und -praxis zu schließen.

2013 war das Folgejahr der UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung (Rio+20). Auf Grundlage der Verhandlungsergebnisse von Rio+20 entwickelte und initiierte FI internationale Strategien und knüpfte an das Konzept einer real am Menschen orientierten nachhaltigen Entwicklung an, die Menschenrechte als nicht verhandelbare normative Diskussionsgrundlage begreift. Gemeinsam mit der Franziskanischen Familie, Partnern aus der Zivilgesellschaft, religiösen und nicht-religiösen Organisationen arbeiteten wir auf ein rechtebasiertes Modell nachhaltiger Entwicklung hin, das wirksam die ökologischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen bewahrt, fördert und wiederherstellt und es heutigen und künftigen Generationen ermöglicht, ihre politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte als Bürgerinnen und Bürger vollumfänglich auszuüben.

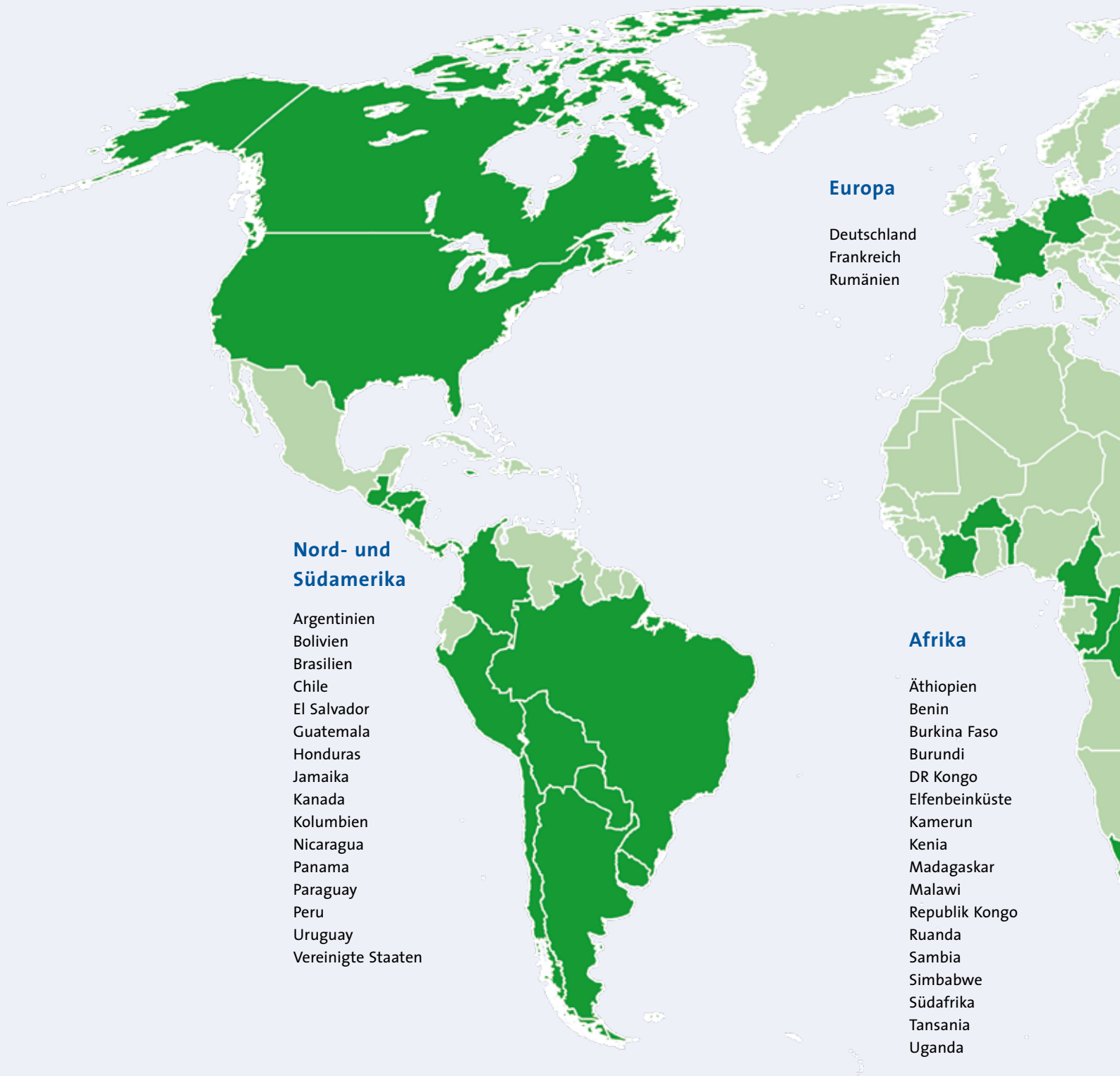
Die Wirtschaft zur Verantwortung ziehen

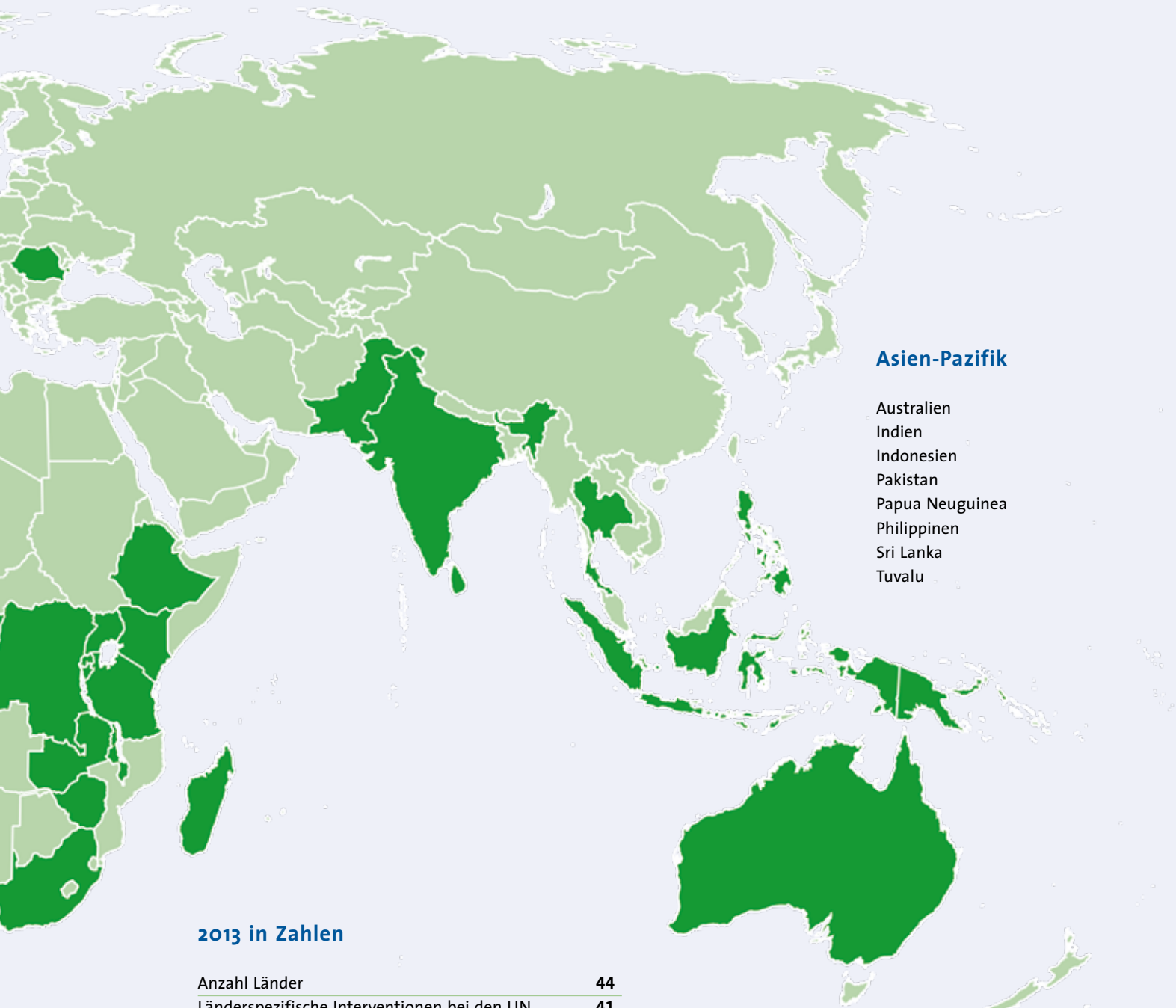
FI ist weiterhin besorgt über wiederholte Berichte von Partnern vor Ort über Rechtsverstöße und Übergriffe, die direkt oder indirekt in den Verantwortungsbereich der Wirtschaft, insbesondere der Rohstoffindustrie, fallen. Mit Sorge sehen wir auch, dass dieses Fehlverhalten Frauen, Kindern, Bauern, indigenen Bevölkerungsgruppen und armen Menschen unverhältnismäßig großen Schaden zufügt.

Um diese Probleme anzugehen, konzentrierte sich ein Teil unserer Arbeit auf die Forderung nach einer umfangreicheren Haftung der Wirtschaft, einer echten Umsetzung bestehender Menschenrechtsstandards sowie auf den Einsatz für ein rechtlich bindendes Abkommen, das die Achtung der Menschenrechte und wirksame Rechtsmittel für die Opfer garantiert.

2013 IM ÜBERBLICK

Länder, in denen FI aktiv war





Asien-Pazifik

- Australien
- Indien
- Indonesien
- Pakistan
- Papua Neuguinea
- Philippinen
- Sri Lanka
- Tuvalu

2013 in Zahlen

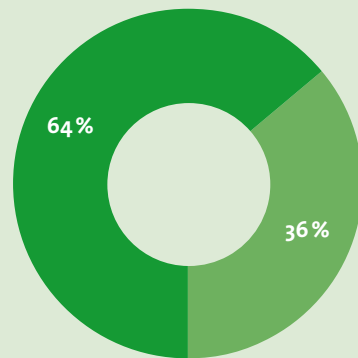
Anzahl Länder	44
Länderspezifische Interventionen bei den UN	41
Thematische Interventionen bei den UN	15
Berichte an die UN	12
Workshops	14
Seminar - Teilnehmer/-innen	385
Einsätze vor Ort und Treffen	16
Lokale Partner als Gastredner/- inner vor den UN	25
Organisierte internationale Konferenzen	17

AFRIKA

Im Jahr 2013 führte FI in Zusammenarbeit mit lokalen und globalen Partnern erfolgreiche Aktionen zu verschiedenen Kernproblemen in Afrika durch. Durch die Nutzung und Erweiterung regionaler Netzwerke und die Rückbindung an die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft konnte FI die Wirksamkeit länderspezifischer Lobbyarbeit für die gesamte Region verbessern. Die Aktivitäten erstreckten sich dabei von Kinderrechten in Benin, Kamerun, Ruanda, Madagaskar und der Elfenbeinküste über das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung in Burkina Faso, Kenia und Tansania, Fragen des Friedens und der Versöhnung in Burundi und die negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus auf Frauen und Kinder in der Demokratischen Republik Kongo bis zu Frauenrechten in der Republik Kongo.



UPR-EMPFEHLUNGEN VON FI
FÜR AFRIKANISCHE LÄNDER 2013



■ Akzeptiert oder Angenommen (64%)
■ Nicht berücksichtigt oder abgelehnt (36%)

FI engagierte sich in Form von Berichten, Stellungnahmen und Konferenzen beim UNHRC, durch regionalen Kapazitätsaufbau und Workshops, Lobbyarbeit bei Regierungen und die Teilnahme am diplomatischen Diskurs im Rahmen des UPR-Prozesses sowie der sogenannten Spezialverfahren beim Menschenrechtsrat. Besonders erfolgreich für Afrika war 2013 das UPR-Verfahren, bei dem FI Handlungsempfehlungen und konkrete Verbesserungsvorschläge für Regierungen einreichte. In dieser Region wurden 64 Prozent der FI-Empfehlungen akzeptiert oder angenommen, wie in der folgenden Abbildung dargestellt.



JANUAR

Workshop in Jamaika

Vorlage der UPR – Zwischenbewertung zu Kenia

01

Vorlage zur Situation der bürgerlichen und politischen Rechte in Indonesien an den Menschenrechtsausschuss

UPR – Lobbyarbeit zu Rumänien und Frankreich



Focus auf: Demokratische Republik Kongo Schattenseiten des Reichtums: Ausbeutung und Bergbau

FI lenkt die Aufmerksamkeit auf den „Ressourcenfluch“ und die Regierungsführung in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo): Warum leiden die Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes, das reich an natürlichen Ressourcen ist, unter Ausbeutung und Missbrauch?

Angesichts der abscheulichen Menschenrechtsverstöße an und im Umfeld von Bergbaustandorten im östlichen Nord- und Süd-Kivu haben FI und Partner eine langfristige Kampagne zur Verbesserung der Regierungsführung und der Regulierung im Bergbausektor eingeleitet.

Die Kivu-Region der DR Kongo ist ein Beispiel für die traurigen Auswirkungen des „Ressourcenfluchs“. Diese an natürlichen Rohstoffen reiche Region leidet seit Jahrzehnten unter einer systematischen Ausbeutung ihres Reichtums an Bodenschätzen sowie ihrer Bevölkerung. Die Ressourcen, wie Diamanten, Holz, Kupfer, Gold und Kobalt, werden illegal gefördert, schlecht verwaltet und auf dem Weltmarkt verkauft, meist zum Vorteil ausländischer Unternehmen und bewaffneter Gruppierungen.

Die Schwäche der kongolesischen Regierung und die mangelnde Transparenz der Vorgänge verstärken ausbeuterische Praktiken, und die Täter kommen ungestraft davon. Arbeiterinnen und Arbeiter werden oft illegal beschäftigt und arbeiten unter gefährlichen Bedingungen; ein Großteil der in den Minen ausgebeuteten Menschen sind Kinder. Darüber hinaus sind brutale Massenvergewaltigungen in Nord-Kivu traurige und vielfach dokumentierte Realität. Infolge der Konfliktsituation und der mit dem Bergbau verbundenen Gewalt werden Hunderte Frauen Opfer von Vergewaltigung. FI engagierte sich 2013 beim Menschenrechtsrat mit mehreren Interventionen, die den Missbrauch von Frauen und Kindern im Osten der DR Kongo thematisierten. Um die Menschenrechtsverletzungen in der Kivu-Region noch bekannter zu machen, brachte FI beim Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (Committee on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women, CEDAW) sowie bei der UPR zur DR Kongo zwei detaillierte Berichte mit entsprechenden Empfehlungen ein. Der Bericht an den CEDAW fokussierte auf sexuelle Gewalt gegen Frauen in Gebieten mit bewaffneten Konflikten. Der zweite Bericht befasste sich mit der Kinderarbeit in den Minen im Osten der DR Kongo. Beide Berichte stellten ihre Themen in den Kontext der Rohstoffausbeutung. Partner von FI aus der DR Kongo, die sich im Bereich der Bergbaukonflikte und gegen Rohstoffausbeutung engagieren, wurden nach Genf eingeladen, um persönlich vor dem CEDAW und anderen Akteuren der internationalen Gemeinschaft aufzutreten. Sie warben dafür, den Teufelskreis aus Rohstoffhandel und Menschenrechtsverletzungen wirksam aufzubrechen.

Einsatz für die Rechte der Kinder

In Zusammenarbeit mit globalen und regionalen Partnern koordinierte FI 2013 Aktionen zur Bewusstseinsbildung. In Partnerschaft mit UNICEF Benin trug FI zu zahlreichen Empfehlungen zur Reform des „Child Code of Benin“ (Kindergesetz von Benin) bei. Die Änderungen betrafen grausame Bräuche im Norden des Landes, bei denen Kinder zu Hexen erklärt und ermordet werden.

FEBRUAR

UPR – Lobbyarbeit zu Sri Lanka und Pakistan

Workshop zu Menschenrechten und Umweltgerechtigkeit in Argentinien

02

Vorlage zur Situation von Frauen in Kamerun an den CEDAW



Fokus auf: Elfenbeinküste

Nicht existierende Kinder haben keine Rechte

In der Elfenbeinküste, vor allem in ländlichen Gebieten, haben viele Eltern große Mühe, ihre Kinder für Basisdienstleistungen wie Schule oder Gesundheitsfürsorge anzumelden. Warum? Weil es keine offiziellen Dokumente gibt, die bestätigen, dass ihr Kind existiert. Das Fehlen eines offiziellen Geburtenregisters mit entsprechenden Eintragsverfahren beraubt ein Kind seines legalen Status. Damit werden Kindern ihre grundlegenden Rechte auf Staatsangehörigkeit, soziale Sicherheit und Bildung vorenthalten. Das macht sie auch leichter zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen wie etwa Kinderhandel und Zwangsarbeit. Wie können wir die Eltern dazu ermuntern, ihre Kinder registrieren zu lassen? Was hindert sie daran, es zu tun? Solche Fragen stellte FI im letzten Jahr. Auf Ersuchen des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte (Office of the High Commissioner for Human Rights, OHCHR) führte FI eine Studie zur Geburtenregistrierung in der Elfenbeinküste durch. Ziel dieser Studie war es, die Hürden auszumachen, die eine erfolgreiche Geburtenregistrierung verhindern. FI wollte zudem Leitlinien für möglichst gute Verfahrenweisen definieren und Empfehlungen bereitstellen, wie eine allgemeine Geburtenregistrierung erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund befragte ein FI-Team im Oktober 2013 113 Menschen im Distrikt Abidjan im Süden der Elfenbeinküste.

Die Ergebnisse der Studie legen zwei Hauptursachen der geringen Registrierungsdaten nahe: mangelndes Bewusstsein für die Wichtigkeit der Geburtenregistrierung und eine hohe Analphabetenrate. Die Resultate zeigen zudem, dass das beste Verfahren erfolgreicher Geburtenregistrierung die Einrichtung leicht zugänglicher Meldestellen in der Nähe von Dörfern und in ländlichen Gebieten ist.

Mehrere wichtige Empfehlungen zur Verbesserung der Situation ergaben sich aus der Studie: Regierungskampagnen, um das Bewusstsein für die Bedeutung der Registrierung zu fördern, die Einrichtung zusätzlicher Meldestellen sowie Investitionen in neue Formen von Geburtenregistrierung, wie SMS-Systeme und eine öffentliche Hotline. Es wurde auch empfohlen, regelmäßig ein mobiles Team von Staatsangestellten in die ländlichen Gebiete zu schicken, um für die Umsetzung dieser Reformen zu sorgen.

An der von FI durchgeführten Studie waren auch internationale Akteure beteiligt, die sich für eine allgemeine Geburtenregistrierung einsetzen (sowohl Partner-NGOs im weltweiten Netzwerk „Child Rights Connect“ als auch wichtige diplomatische Vertretungen). Die Studie bildete zudem eine Grundlage für die UPR zur Elfenbeinküste. FI ist überzeugt, dass ein effektiver Kapazitätsaufbau, wie in der Studie vorgeschlagen, dazu beiträgt, Kindern in der Region einen besseren Start und eine solidere Zukunft zu ermöglichen.

Im März 2013 setzte sich FI auch vor dem Menschenrechtsrat aktiv für die Rechte des Kindes ein und brachte die beunruhigenden Praktiken in Nordbenin zur Sprache. Der Ständige Vertreter von Benin in Genf verpflichtete sich, das Problem zusammen mit seiner Regierung wie auch der internationalen Gemeinschaft anzugehen. FI wirkte außerdem an einer Konferenz mit, die die Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang von Geburtenregistrierung und Zugang zur Gesundheitsfürsorge richtete. In der Elfenbeinküste und in Kamerun wurden Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und zur Beratung von Partnern vor Ort durchgeführt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich dabei auch über wichtige Themen wie Kinder in extremer Armut, fehlende Geburtenregistrierung, Kinderhandel und frühe Zwangsverheiratung von Mädchen austauschen. FI nutzte vor allem den UPR-Rahmen und die entsprechenden Vertragsorgane, um Berichte zu Menschenrechtsfragen und Empfehlungen zur Verbesserung der Rechte des Kindes in Benin, der DR Kongo, der Elfenbeinküste, Kamerun und Ruanda einzubringen.



Menschenrechts – Workshop in Belgien für franziskanische Ordensleute

MÄRZ

03

Intervention zur Geburtenregistrierung und zum Zugang zur Gesundheitsfürsorge in Benin

Konferenz über den Zugang der Dalits zu Gerichten

Vorlage des UPR – Berichts zur DR Kongo

UN – Lobbyarbeit zu Bergbau und Menschenrechtsverteidigern mit Partnern aus Peru



Das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung: Ein täglicher Kampf ums Überleben

Im Oktober 2013 veranstaltete FI eine Fortbildung in Vanderbijlpark (Südafrika), die Vertreterinnen und Vertretern aus der Region ermöglichte, über Probleme der Wasser- und Sanitärversorgung zu sprechen. Am Workshop nahmen 22 Personen aus Äthiopien, Kenia, Malawi, Sambia, Simbabwe, Südafrika, Tansania und Uganda teil. Die Gruppe betonte die Verantwortung der Regierungen, das Recht auf Wasser und Sanitärversorgung sowie die Bedürfnisse der Menschen in ländlichen Gebieten zu schützen. Diese Punkte kamen auch in der „Vaal Wasser und Sanitär“-Erklärung zum Ausdruck, die von der Versammlung erarbeitet und verabschiedet wurde. Die Erklärung schließt mit Empfehlungen zur Wasserversorgung und zu sanitären Aufgaben, mit besonderem Augenmerk auf verletzte und benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Gefordert wird darin zudem die Stärkung lokaler Gemeinschaften bei der Wasserversorgung und Schutz vor der Kommerzialisierung dieser Dienstleistungen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops verpflichteten sich, die Erklärung in ihren Regionen über entsprechende Netzwerke zu verbreiten.



APRIL

Strategietreffen zur Umweltgerechtigkeit in Italien

Konsultation in den Niederlanden über die Menschenrechtssituation in West-Papua

04

UPR – Lobbyarbeit zu Deutschland

Bericht über die Situation der Kinder in Ruanda vor dem CRC



AMERIKA

Hier lagen unsere Schwerpunkte im Jahr 2013 bei der Förderung regionaler Netzwerke und der Fortführung laufender Projekte. Dabei weitete FI sein Amerika-Programm deutlich aus, die Arbeit zur Verbesserung der Menschenrechtssituation bezog 16 Länder ein. Unsere Mission zum Schutz der Rechte gefährdeter oder marginalisierter Bevölkerungsgruppen setzten wir fort mit diversen Themen wie Kinderhandel und Ausbeutung in Uruguay, Rechte von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen in Chile, fehlende Geburtenregistrierung für gefährdete Bevölkerungsgruppen in Nicaragua und Diskriminierung afro-peruanischer Kinder hinsichtlich ihres Rechts auf Bildung. Priorität hatten aufgrund der überwältigenden Sorge unserer lokalen und nationalen Partner bezüglich dieser Frage politische Strategien, welche die Auswirkungen der Rohstoffindustrie und der rücksichtslosen Entwicklungspraktiken auf marginalisierte Gruppen in Argentinien, Bolivien, Brasilien, El Salvador, Guatemala, Honduras, Jamaika, Kanada, Kolumbien, Panama, Peru, Uruguay und den Vereinigten Staaten thematisierten. Unser Engagement umfasste Berichte im Rahmen der UN-Menschenrechts-Mechanismen, Stellungnahmen vor dem Menschenrechtsrat (HRC), direktes Lobbying bei Regierungen und UN-Gremien, Workshops zum Kapazitätsaufbau sowie dringende Appelle an UN-Sonderberichterstatter.



MAI

Lobbyarbeit zur Verschwendung und Verschmutzung von Wasserressourcen im Bergbau

05

UPR – Lobbyarbeit zu Burkina Faso und Kamerun

Dringender Appell zur freien Meinungsäußerung in Papua, Indonesien

Missbrauch durch die Rohstoffindustrie

Aus der gesamten Region kamen dringende Rufe nach Interventionen, auf die FI mit noch andauernden Maßnahmen und Strategien zum Schutz von Menschenrechten und Umwelt vor den zerstörerischen Praktiken der Rohstoffindustrie reagierte. Unsere Partner vor Ort äußern übereinstimmend Bedenken über die kaum vorhandenen Möglichkeiten von Gemeinden, sich schon im Vorfeld gegen Bergbauprojekte zu wehren oder gegen schädliche Auswirkungen bestehender Minen sowie gegen Gewalt und Verfolgung vorzugehen, unter denen Gemeinschaften wie auch Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten auf lokaler und nationaler Ebene zu leiden haben.

Gemeinsam mit der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der Franziskanischen Familie in Kolumbien setzte FI die Arbeit zu Bergbauproblemen fort. Im April reichte FI im Rahmen der UPR zu Kolumbien einen entsprechenden Bericht ein. Ein zweiter Bericht, der sich mit den schädlichen Auswirkungen des Bergbaus für Frauen befasste, wurde im September für den CEDAW verfasst. Ebenfalls im September erarbeitete FI mit der inter-franziskanischen Kommission und lokalen Partnern eine Erklärung an den Menschenrechtsrat, in der die Umweltbelastung durch den Bergbau in einem ökologisch bedeutsamen Gebiet angeprangert wird. Weitere Maßnahmen betrafen die großen Schäden verursachende Agrarindustrie in Argentinien, Menschenrechtsverteidiger in Honduras und Peru sowie die bedrohliche Wassersituation in El Salvador. Bergbau war auch Schwerpunktthema unserer Workshops im sogenannten Südkegel, dem südlichen Südamerika, im Februar 2013 und von Erkundungsmissionen nach Jamaika, Mittelamerika und Peru.



Fokus auf: Uruguay Sauberes Wasser in Gefahr

Trübbraune Farbe und stechender Geruch und Geschmack sind nicht gerade das, was wir von Trinkwasser erwarten. Doch im März 2013 war dies für die Menschen in Montevideo, der Hauptstadt von Uruguay, bittere Realität. Die Wasserverschmutzung war Folge der regelmäßigen Verunreinigung des Flusses Santa Lucia, der die Haupttrinkwasserquelle für über 50 Prozent der uruguayischen Bevölkerung darstellt. Von der Stadtbevölkerung waren vor allem arme Menschen schwer betroffen, weil sie sich kein Trinkwasser in Flaschen leisten konnten. Der Vorfall zeigte die systemischen Probleme der Regierung beim Management der Trinkwasserversorgung. Die Verunreinigung ist zurückzuführen auf Abwässer, Abflüsse von Agrarflächen sowie auf Verschmutzung durch die Industrie.

Das Recht auf Wasser war eines von fünf Themen, auf die FI in einer gemeinsamen Kampagne mit der Franziskanischen Gemeinschaft (OFS) in Uruguay aufmerksam machte. Die anderen Themen waren Menschenhandel, sexueller Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie Kinder in Armut. Gemeinsam mit strategischen Partner-NGOs nutzte die franziskanische Koalition das Instrument der UPR zu Uruguay, um die Regierung zu Veränderungen zu bewegen.

Geplant und lanciert wurde diese Kampagne im Februar anlässlich des regionalen Workshops für Kapazitäts- und Netzwerkaufbau für den Südkegel. In der Folge schlossen sich FI, franziskanische Partner und lokale NGOs zusammen, um einen umfassend recherchierten, detaillierten Bericht zu verfassen, der Menschenrechtsverletzungen im Land aufzeigt und entsprechende Empfehlungen vorstellt. Dieser Bericht wurde im Juni eingereicht, und die Empfehlungen wurden in Montevideo durch lokale Medien und ausländische Regierungen verbreitet. Im November 2013 lud FI einen Vertreter und eine Vertreterin der Koalition nach Genf ein, um ihre Anliegen und Empfehlungen direkt mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern zu erörtern. Raúl Giudice, Mitglied des OFS Uruguay, und Cristina Prego, Mitglied des Netzwerks gegen sexuelle und häusliche Gewalt Uruguay, stellten den Bericht mehrfach vor und organisierten bilaterale Lobbytreffen mit Diplomatinen und Diplomaten. Im Jahr 2014 wird FI die Zusammenarbeit mit der Franziskanischen Familie in Südamerika fortsetzen und die Vorbereitung von Kampagnen und Strategien für die Region unterstützen.

JUNI

Veröffentlichung der Publikation „Menschenrechte in West-Papua 2013“

Bericht zur Situation von Frauen in der DR Kongo an den CEDAW

Teilnahme am UN-Regionalforum zu Wirtschaft und Menschenrechten, Kolumbien

Konferenz über die Stärkung von Menschen, die in Armut leben

Lobbyarbeit für menschenwürdige Arbeit, zu Klimawandel und Rohstoffindustrie

06

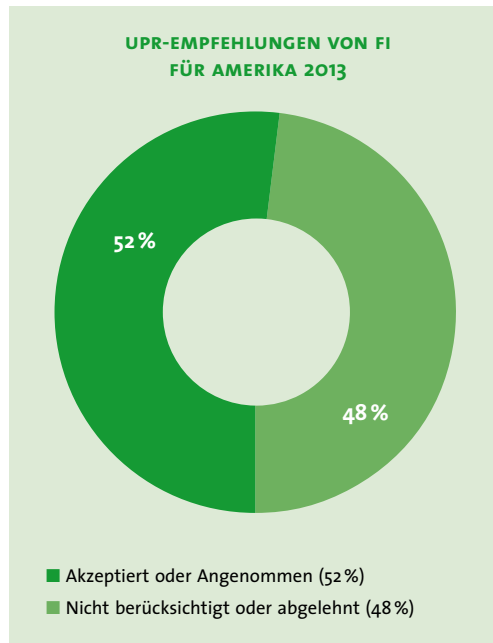


Fokus auf: Brasilien

Mobilisierung zum Schutz der Rechte der indigenen Völker

Am 19. April 2013 versammelten sich Hunderte von Angehörigen indigener Völker, die zur Urbevölkerung Brasiliens gehören, vor Regierungsgebäuden in Brasília, um gegen die fortwährenden Angriffe auf ihre verfassungsmäßigen und territorialen Rechte zu protestieren. Ausgelöst wurden die Proteste durch einen erneuten Vorstoß zu einer Gesetzesreform, die eine Aufweichung der hart erkämpften Sicherung indigener Land- und Selbstbestimmungsrechte anstrebt. Die Bedrohung des Rechtsschutzes für die indigene Bevölkerung geht dabei Hand in Hand mit Bemühungen, das gesamte Rechtssystem zugunsten eines Ausbaus der Rohstoffindustrie zu reformieren.

In Zusammenarbeit mit dem brasilianischen Inter-franziskanischen Dienst für Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie (SINFRAJUPE) und anderen Partnern unterstützte FI die Mobilisierungskampagne in dieser Sache. Zudem machte FI die internationale Gemeinschaft durch mehrere Interventionen bei den Vereinten Nationen auf die Problematik aufmerksam. Gemeinsam mit den brasilianischen Partnern und anderen Verbündeten gab FI im Mai und im September 2013 Stellungnahmen vor dem Menschenrechtsrat ab, betrieb im August Lobbying bei der Ständigen Vertretung Brasiliens in New York, reichte im September einen dringenden Appell an den Sonderberichterstatter für die Rechte der indigenen Völker ein, stellte im Dezember Kontakte zwischen lokalen Partnern und der UN-Sonderberichterstatterin für das Menschenrecht auf einwandfreies Trinkwasser und Sanitärversorgung her, förderte die Teilnahme von SINFRAJUPE an den regionalen und globalen Foren über Wirtschaft und Menschenrechte im August und Dezember und unterstützte im November eine nationale Konsultation mit dem Ziel, eine Strategie zur zukünftigen Zusammenarbeit zu entwickeln. Auch künftig wird FI Basisbewegungen in Brasilien unterstützen, die sich für die Rechte der indigenen Bevölkerung und für Umweltgerechtigkeit einsetzen.



Im September 2013 reichte FI in Zusammenarbeit mit den Barmherzigen Schwestern beim UN-Sonderberichterstatter für die umweltgerechte Behandlung von gefährlichen Abfällen und der UN-Sonderberichterstatterin für sauberes Wasser eine umfangreiche Studie zu den Auswirkungen des Frackings auf die Menschenrechte in Kanada ein. Den Bericht erhielten auch der Unabhängige Experte für Menschenrechtsverpflichtungen bezüglich der Umwelt und zahlreiche kanadische Regierungsvertreterinnen und -vertreter. Bis November 2013 haben bereits mehrere kanadische Provinzregierungen auf öffentlichen Druck hin ein Fracking-Moratorium verkündet.

JULI

Dringender Appell gegen das Wasserkraft-Staudammprojekt Tipaimukh in Indien



07

Nationale Konsultation zu Rechten der Frau in Kamerun

Offene Adern: Transnationale Unternehmen und Menschenrechte

Transnationale Unternehmen üben einen immer größeren Einfluss in Lateinamerika aus, sowohl in Bezug auf die Politik als auch als Akteure, die durch die internationalen Menschenrechte und die Umweltgesetzgebung in ihre Schranken gewiesen werden müssen. Franziskanerinnen und Franziskaner, die sich in Lateinamerika für die Menschen am Rand der Gesellschaft engagieren, können bei politischen Diskussionen und Entscheidungen einen wichtigen Beitrag leisten und wesentlichen Einfluss ausüben. Im August 2013 tat sich FI mit den Barmherzigen Schwestern bei den Vereinten Nationen und der Franziskanischen Familie von Kolumbien zusammen, um eine internationale Delegation nach Medellín zum UN-Regionalforum „Wirtschaft und Menschenrechte in Lateinamerika und der Karibik“ zu schicken. Der von Maria Leonor Mesa Arongo (Franziskanische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Kolumbien) geleiteten Delegation gehörten unter anderem Br. Rodrigo Peret (OFM, SINFRAJUPE, Brasilien), Maria Elena Aradas (Franziskanisches Zentrum für Regionale Studien und Entwicklung, Argentinien) und Bárbara Curbelo Castillo (Junge Franziskanische Bewegung YuFra, Argentinien) an. Die Gruppe machte mit verschiedenen beeindruckenden Interventionen zu den Rechten der Bauern, der indigenen Völker, anderer gefährdeter Bevölkerungsgruppen und der Umwelt auf sich aufmerksam.

Die Delegation kam zum einhelligen Schluss, dass das gegenwärtig bestehende rechtliche und politische Rahmenwerk zu Wirtschaft und Menschenrechten nicht ausreicht, um die Anerkennung der Menschenrechte durch Unternehmen zu gewährleisten. Diese Sichtweise hat Eingang in die laufende globale Lobbyarbeit von FI bei den Vereinten Nationen gefunden, die sich für eine bessere Regelung dieser Probleme auf nationaler wie auf internationaler Ebene einsetzt. Ein Mitglied der Delegation nahm im Dezember auch am Globalen Forum der Vereinten Nationen in Genf teil.



AUGUST

Erkundungsmission zu den Auswirkungen der Rohstoffindustrie auf die Menschenrechte in den Philippinen

Nationale Konsultation zur UPR der Elfenbeinküste

08

Erkundungsmission nach El Salvador, Guatemala und Honduras

Lobbyarbeit zur Reform der Bergbaugesetze in Brasilien



ASIEN-PAZIFIK



In der Region Asien-Pazifik konnte FI 2013 in Zusammenarbeit mit lokalen und globalen Partnern Veränderungen in verschiedenen Bereichen herbeiführen. FI nutzte und erweiterte regionale Netzwerke und engagierte sich im Rahmen der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft für Australien, Indien, Indonesien einschließlich West-Papua, die Philippinen, Pakistan, Sri Lanka, Tuvalu und Papua-Neuguinea. Hinsichtlich unserer Mission,

besonders gefährdete Menschen zu schützen, konzentrierten wir uns auf folgende Themen: Rechte der indigenen Bevölkerung im Zusammenhang mit den negativen Auswirkungen der Rohstoffindustrie in Indien, Indonesien einschließlich West-Papua und den Philippinen; Rechte Asylsuchender in Australien und Papua-Neuguinea; Frieden und Versöhnung, Arbeitsmigration, Menschenhandel und Rechte von Menschen mit Behinderung in Sri Lanka; Re-



SEPTEMBER

Internationale Konferenz zu Menschenrechten in West-Papua

Nationale Konsultationen in Brasilien und Bolivien

Dringender Appell zum Fracking in Kanada

09

UPR-Stellungnahme zur DR Kongo und zur Elfenbeinküste

Bericht an den CEDAW zu Frauenrechten in Kolumbien





Fokus auf: Australien
Hoffnungslos gestrandet: Australiens auswärtige Internierungslager für Asylsuchende

„Die Auswirkungen einer Internierung auf die Gesundheit können nicht unterschieden werden von denjenigen, die eine unbekannte Zukunft auslöst ... Schätzungen zufolge liegt die Selbstmordrate von Männern und Frauen in den australischen Flüchtlingshaftlagern um 41 und 26 Prozent über dem nationalen Durchschnitt.“ So der Gemeinsame Sonderausschuss (Joint Select Committee) zum australischen Netzwerk von Flüchtlingshaftlagern.

„Erbärmlich“, so beschreibt ein FI-Partner die Lebensbedingungen von internierten Asylsuchenden in Papua-Neuguinea (PNG). Zur 2013 neu ausgerichteten australischen Asylpolitik gehört, dass Asylsuchenden, die per Boot und ohne Visum nach Australien gelangt sind, die Einreise verweigert wird. Stattdessen werden sie nach PNG oder Nauru verbracht. Während die Asylsuchenden auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge warten, müssen sie, für oft sehr lange Zeit, in überfüllten Unterkünften unter unhygienischen Bedingungen leben, ohne zu wissen, wann oder ob sie überhaupt je freigelassen werden.

Unsere australischen Partner wiesen unser Genfer Büro auf die Menschenrechtsverletzungen in diesen Internierungszentren hin. „Es gibt nur einen einzigen großen Raum mit Blechdach ohne Ventilatoren für rund 140 Personen“, so der Bericht über das Abwicklungszentrum der Region Insel Manu.

Zum Tag der Menschenrechte sandte FI zusammen mit der NGO Edmund Rice International (ERI) einen dringenden Appell an den UN-Sonderberichterstatter zu Menschenrechten von Migranten sowie an die UN-Arbeitsgruppe zu willkürlichen Inhaftierungen. Der Appell weist darauf hin, dass die Regierungen von Australien und PNG mutmaßlich die Menschenrechte von Asylsuchenden verletzen, indem sie ihnen ihr Recht auf Freiheit und Sicherheit vorenthalten. FI und ERI empfahlen beiden Regierungen, angemessene und menschenwürdige Maßnahmen zu ergreifen, um die Inhaftierungszeiten zu begrenzen, und Asylsuchenden ein direktes Verfahren in Australien anstatt in PNG oder Nauru zu ermöglichen.

ligionsfreiheit in Pakistan und Indonesien; ferner das Recht auf Bildung sowie die Rechte des Kindes und der Frau in Pakistan und schließlich die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte in Tuvalu. Die aktive Arbeit von FI umfasste zudem die Teilnahme an und die Organisation von Konferenzen, Stellungnahmen vor dem Menschenrechtsrat sowie Lobbying bei Regierungen im Rahmen von UPR-Prozessen und UN-Sonderverfahren.

OKTOBER

Lobbyarbeit zu Bergbau und Gewalt in Honduras

Konferenz zu Goldminen in Zentralamerika

UPR-Lobbyarbeit zur Republik Kongo

10

Menschenrechtsworkshop für franziskanische Ordensleute in Belgien

Themenliste zu Indonesien an den CESCR übergeben



Fokus auf: Philippinen
Menschen vor Profit. Die negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus

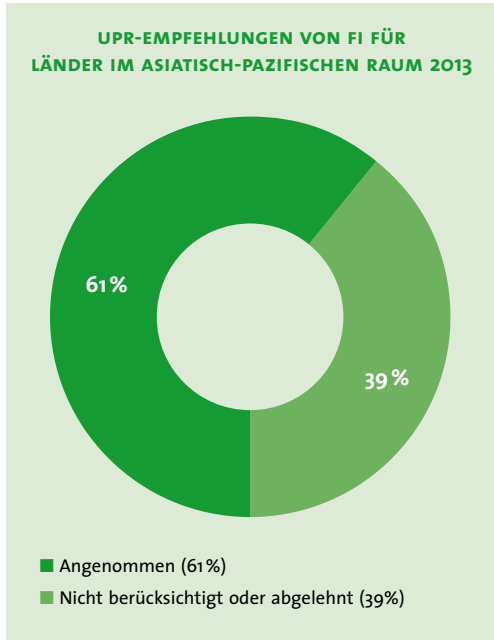
Die Ermordung zahlreicher Aktivistinnen und Aktivisten, die gegen die Rohstoffindustrie demonstrierten, die Einschüchterung und Ausbeutung lokaler Gemeinden sowie eine starke, zunehmende Schädigung der Umwelt: Dies sind einige der Menschenrechtsverletzungen, die im Namen „wirtschaftlicher Entwicklung“ begangen werden.

Die Menschen können zusehen, wie ihr Land gestohlen und zerstört wird, aber friedlicher Protest ist in den Bergbaugebieten der Philippinen keine Option; wer hier protestiert, wird getötet. Man mag sich fragen, warum die Reaktion auf Proteste so aggressiv und unmenschlich ist. Die Antwort ist einfach und heißt: Profitgier. Der Abbau natürlicher Rohstoffe ist einer der größten Wirtschaftsbereiche der Philippinen und gilt als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Er führt jedoch auch zu Ausbeutung, sozialen Umwälzungen und zur Schädigung der Umwelt, was sich besonders auf die indigene Bevölkerung und deren Land auswirkt.

Dem Büro für Bergbau und Geowissenschaften zufolge befinden sich beinahe 60 Prozent der genehmigten philippinischen Minen in indigenen Territorien und 69 Prozent davon werden ohne Zustimmung der indigenen Bevölkerung betrieben. Diese Minen schaden den Wasserressourcen, der Biodiversität und dem Wald. Ihretwegen werden lokale Gemeinschaften umgesiedelt und ihre wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Rechte verletzt. Schwache und korrupte Regierungsführung hat Bergbauunternehmen zur Folge, die keine Rücksicht auf die Rechte der lokalen Gemeinden nehmen. Selten informieren die Unternehmen die Bevölkerung über ihre Projekte und jeglicher Versuch eines Protestes wird umgehend und mit Gewalt unterbunden.

Um die Arbeit der franziskanischen und anderen Partner in den Philippinen zu stärken und zu unterstützen, führte FI 2013 Initiativen zum Kapazitätsaufbau und zum Lobbying durch. Im August besuchte FI im Rahmen einer Erkundungsmission betroffene Gemeinschaften im Cagayan Valley und auf der Insel Manicani. Im Anschluss daran brachte FI die Anliegen der lokalen Bevölkerung vor die philippinische Kommission für Menschenrechte. Durch die Organisation strategischer Treffen mit wichtigen nationalen NGOs, die sich bereits im Bereich Bergbau engagieren, erweiterte FI zudem die Lobby-Netzwerke in der Region.

Um den Druck aus der internationalen Gemeinschaft zu erhöhen, reichte FI im September vor dem Menschenrechtsrat eine Stellungnahme zu den Auswirkungen des Bergbaus auf die Menschenrechte und auf die indigene Bevölkerung ein. Ihren Höhepunkt erreichten die FI-Bemühungen für die Region im Dezember 2013 beim Globalen Forum zu Wirtschaft und Menschenrechten in Genf, wo FI auch eine Konferenz zum Thema abhielt. Jesus Vincente Garganera, der nationale Koordinator der Allianz zum Stopp des Bergbaus (Alliance to Stop Mining, ATM), zeigte anhand verschiedener Beispiele und eigener Erfahrungen die Ausbeutung durch die Rohstoffindustrie, darunter auch den Fall der Tampakan-Mine. Von Tampakan weiß man, dass ihr Ausbau zur Umsiedlung von rund 5.000 Menschen der indigenen Bevölkerung und damit voraussichtlich zu gewalttätigen Konflikten führen würde. FI forderte die philippinische Regierung wiederholt auf, wirksame Maßnahmen gegen diskriminierende Bergbaupraktiken zu ergreifen und das Bergbaugesetz von 1995 aufzuheben.



NOVEMBER

Intervention zur Religionsfreiheit in Pakistan beim UN-Jahresforum zu Minderheitenfragen

Regionalworkshop in Südafrika zu den Rechten auf Wasser und Sanitärversorgung

Konferenz und Publikation zum Fracking

Erkundungsmission und Treffen des lateinamerikanischen Netzwerks von Ordensleuten zu Bergbauproblemen in Peru

Nationale Konsultationen in Argentinien, Kolumbien und El Salvador



Destruktive Praktiken im Bergbau gegen die indigene Bevölkerung

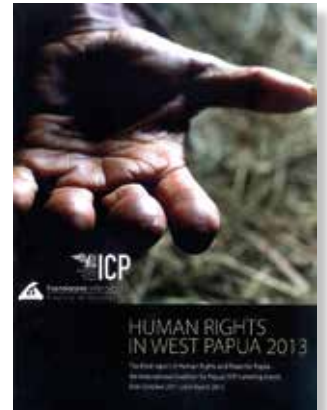
Die Auswirkungen des „Ressourcenfluchs“ zeigen sich in verschiedenen Regionen Asiens, wobei die von der Ausbeutung am stärksten Betroffenen oft die indigenen Gemeinschaften sind. Zusammen mit lokalen NGOs arbeitet FI am Kapazitätsaufbau in der Region und drängt auf internationaler Ebene zu Regierungsreformen. Neben den Philippinen arbeitet FI auch in Indien und Indonesien einschließlich West-Papua aktiv an Projekten zu Bergbauproblemen, besonders für lokale indigene Gruppen. Im Juli sandte FI einen dringenden Appell an den UN-Sonderberichterstatter für die Rechte der indigenen Völker.

Darin ging es um den Bau eines Dammes für das Mehrzweckwasserkraftprojekt „Tipaimukh“ im Norden Indiens. Das Bauvorhaben missachtete die Rechte der indigenen Völker und deren Wälder in jener Region. Als Ergebnis des Vorstoßes von FI und anderen verweigerte die indische Regierung die Genehmigung zur Rodung des Waldes für das Projekt.

Unterdrückung der freien Meinungsäußerung

Bei den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Verwaltungsanschlusses von Papua an Indonesien am 1. Mai wurden drei Personen von bewaffneten Kräften getötet und mindestens 30 Demonstrantinnen und Demonstranten verhaftet. Indigene Papuaner leiden weiterhin unter aggressiver und harter Bestrafung durch die indonesische Regierung für friedliche politische Proteste.

Indigene Papuaner werden regelmäßig verhaftet und misshandelt für Taten wie das Hisen der papuanischen Morgenstern-Flagge oder die Teilnahme an Veranstaltungen mit „nationalistischem“ Hintergrund. Wie schon in früheren Jahren brachte FI gemeinsam mit der Internationalen Koalition für Papua das Thema freie Meinungsäußerung in Papua vor das entsprechende UN-Organ. Im September organisierte FI in Genf eine UN-Konferenz zu indigenen Völkern in Asien. Auf der Konferenz erläuterte ein von FI eingeladenen Sprecher die in Papua vorherrschenden Probleme. Im Jahr 2014 wird FI die Lobbyarbeit für die Rechte der indigenen Völker und insbesondere die freie Meinungsäußerung in West-Papua im Rahmen des UN-Menschenrechtsausschusses fortsetzen. Um auf regionaler Ebene größere Aufmerksamkeit für Menschenrechtsbestimmungen zu erzielen, ließ FI das Dokument „Menschenrechte in Papua 2013“ ins Indonesische übersetzen und veröffentlichte es anlässlich der Sitzung des Menschenrechtsrates im September.



DEZEMBER

Dringender Appell zur Situation der Asylsuchenden in Australien und Papua-Neuguinea

Konferenz über die Auswirkungen der Rohstoffindustrie in den Philippinen

Konferenz zu Konfliktmineralien in der DR Kongo

Lobbyarbeit zu Menschenrechten und Bergbau

Veröffentlichung der FI-Publikation „Entwicklung: Nachhaltig für wen?“



EUROPA

Zusammen mit Partnern vor Ort bemüht sich FI in Europa um Reformen für einen besseren Schutz marginalisierter Bevölkerungsgruppen. Die Themen umfassten dabei Menschenhandel in Deutschland, Frankreich und Rumänien, soziale Inklusion von Obdachlosen und Religionsfreiheit in Gefängnissen in Frankreich. FI engagierte sich darüber hinaus mit Interventionen beim Menschenrechtsrat sowie durch diplomatischen Dialog im Rahmen von UPR-Prozessen und UN-Sonderverfahren.

Fokus auf: **Deutschland** Gestohlenes Leben: Der Menschenhandel mit Frauen und Kindern

„Allein, verzweifelt, gefangen, ausgebeutet und sexuell missbraucht erzeugt jeder Tag eine neue Quelle des Terrors.“

So erinnert sich Tea an die furchtbaren Qualen ihrer gestohlenen Kindheit. Als Kind wurde sie in Nigeria Opfer von Menschenhändlern, in eine Falle aus falschen Versprechen auf Bildung, besseres Leben und Hoffnung gelockt. Stattdessen wurde sie in einen Kinderprostitutionsring in Italien gezwungen. Von dort setzte Teas Leiden sich fort; die Täter schleppten sie von Stadt zu Stadt bis nach Deutschland, um sie weiter sexuell auszubeuten; selbst noch ein Kind, wurde sie schwanger. Nach Jahren der Ausbeutung konnte Tea endlich fliehen, erlitt jedoch durch den deutschen Staat den nächsten Schlag, als ihr Antrag auf politisches Asyl abgelehnt wurde. Erst nach unermüdlichem Einsatz franziskanischer Schwestern erhielt Tea in Deutschland endlich eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Leider ist Teas Geschichte vielen jungen Frauen, die nach Europa verschleppt und zur Prostitution gezwungen werden, nur allzu bekannt. Sr. Stefanie Müllenborn, Franziskanerin aus Deutschland, setzt sich seit 25 Jahren für Flüchtlinge und Opfer von Menschenhandel ein. Anlässlich einer UN-Konferenz in Genf machte FI am Beispiel von Teas Schicksal vor 23 diplomatischen Delegationen auf Menschenhandel und Prostitution aufmerksam. FI drängte vor allem die deutsche Regierung, konkrete Maßnahmen zur Verhinderung von Zwangsprostitution und anderen Formen der Sklaverei zu ergreifen. Alle Regierungen wurden aufgefordert, wirksame Schritte hin zu mehr Opferschutz zu unternehmen, etwa durch befristete oder unbefristete Aufenthaltsbewilligungen aus humanitären Gründen. Dieselben Anliegen wurden auch dem UN-Sonderberichterstatter für Menschenhandel unterbreitet. Die deutsche Regierung akzeptierte drei der FI-Empfehlungen im Bereich Hilfs- und Schutzleistungen für Opfer von Menschenhandel.



FI mahnte Regierungen zur Verabschiedung von Gesetzen, die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution schützen, etwa durch bessere Regelungen in den Bereichen Gewerbeanmeldung, Arbeitsaufsicht und -kontrollen, Bauvorschriften, Genehmigungsaufgaben und Sozialversicherungskontrollen. Um den Missbrauch von älteren Menschen in Pflegeheimen in Frankreich zu bekämpfen, setzte FI sich bei der französischen Regierung für eine bessere Ausbildung des Altenpflegepersonals ein.

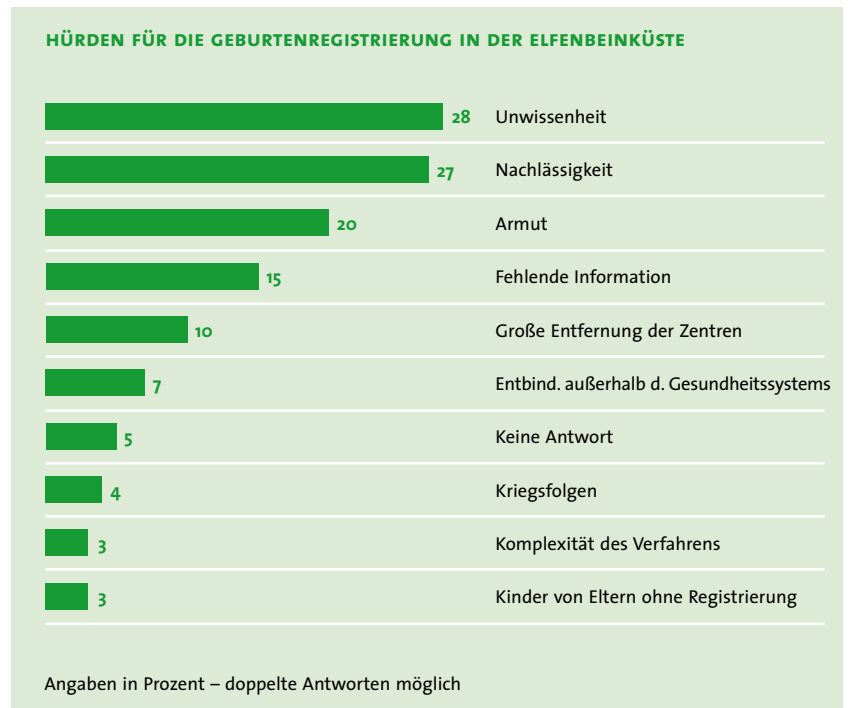
BEGINNEN WIR AM ANFANG: GEBURTENREGISTRIERUNG FORDERN

„Rund 290 Millionen Kinder (oder 45 Prozent aller Kinder unter fünf Jahren weltweit) besitzen keine Geburtsurkunde.“ UNICEF

Viele Arten von Verletzungen der Rechte des Kindes – etwa Zwangsarbeit, frühe Verheiratung oder Kinderhandel – werden durch die Tatsache verschärft, dass es keine Dokumente gibt, die die Existenz dieser Kinder bestätigen. Geburtenregistrierung ist das erste Recht eines Menschen. Sie versieht ein Kind nicht nur mit einer Rechtsidentität, sondern hilft auch, seine übrigen Grundrechte wie Gesundheitsvorsorge, Schutzimpfungen, Bildung und Arbeit zu sichern. Verweigerung der Geburtenregistrierung verurteilt die Menschen zu einem Leben im informellen Sektor, was fast zwangsläufig weitere Menschenrechtsverletzungen nach sich zieht. Abgesehen von der Schutzfunktion für die Kinder, ermöglicht die Registrierung eines Kindes direkt bei seiner Geburt Ländern und Regierungen auch eine bessere Planung ihrer zukünftigen Aufgaben, etwa im Hinblick auf Krankenhäuser und Schulen.

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe für allgemeine Geburtenregistrierung des Netzwerks Child Rights Connect (CRC) engagierte sich FI auf internationaler wie auf länderspezifischer Ebene für dieses Thema. Dies umfasste Stellungnahmen vor dem Menschenrechtsrat zur Geburtenregistrierung in Benin, Studien und Berichte im Rahmen der Allgemeinen Regelmäßigen Überprüfung (Universal Periodic Review, UPR) zu Kamerun, Nicaragua, Elfenbeinküste, Chile, DR Kongo, Republik Kongo und Ruanda. FI initiierte über das UPR-Verfahren zudem eine breiter angelegte Strategie zur Förderung der Geburtenregistrierung.

Eine FI-Studie zur Geburtenregistrierung in der Elfenbeinküste zeigte zwei Hauptursachen für die niedrigen Geburtenregistrierungsraten: mangelndes Bewusstsein für die Wichtigkeit der Geburtenregistrierung und hohe Analphabetenraten in der betroffenen Bevölkerung. Die Studie erbrachte auch mehrere wichtige Empfehlungen, um die Zahl der Geburtenregistrierungen zu erhöhen: Kampagnen zur Bewusstseinsförderung, vereinfachte Erreichbarkeit von Registrierungscentren und Investitionen in neue Geburtenregistrierungsverfahren wie SMS-Systeme, öffentliche Hotlines oder mobile Registrierungsteams.



FÖRDERUNG VON UMWELT- UND SOZIALER GERECHTIGKEIT

Weltweit haben die ärmsten und marginalisiertesten Gruppen die unmittelbarsten Folgen der Umweltzerstörung zu tragen, die aus dem gegenwärtigen Entwicklungsmodell resultieren. Die inter-franziskanische Delegation zu Rio+20, der UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2012, hatte auf diese Realität eine klare Antwort in Form konkreter Handlungsvorschläge für die Franziskanische Familie weltweit formuliert. Diese Vorschläge leiteten 2013 die Lobbyarbeit von FI zum Thema nachhaltige Entwicklung bei den UN. Dabei konzentrierte FI sich auf die negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus und die Kommodifizierung von Natur, warb für alternative Entwicklungsmethoden und kooperierte mit NGOs, die unsere Prioritäten teilen, wie der Arbeitsgruppe Bergbau (Mining Working Group, MWG).



Gemeinsam mit unseren Partnern trugen wir zu zahlreichen Interventionen und Lobby-Aktivitäten bei Regierungen und UN-Agenturen bei. In einer Stellungnahme an die Offene Arbeitsgruppe (der UN-Generalversammlung) über die Ziele für die nachhaltige Entwicklung drängte FI die Regierungen, eine Agenda zum Schutz der Trinkwasserressourcen vor irreparablen Schäden durch die Rohstoff- und Agrarindustrie auszuarbeiten. In einer zusammen mit der MWG und dem Franziskanischen Aktionsnetzwerk durchgeführten Kampagne bei den Vereinten Nationen riefen wir die Regierungen dazu auf, sich dem Mythos zu widersetzen, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Umweltschutz gäbe es nur ein „Entweder-Oder“. Im Auftrag der MWG brachte FI zudem bei einer Sitzung des Menschenrechtsrates eine Stellungnahme ein, die deutlich auf Lücken im gegenwärtigen Entwicklungsmodell hinwies, die Menschenrechte und Umwelt gefährden.



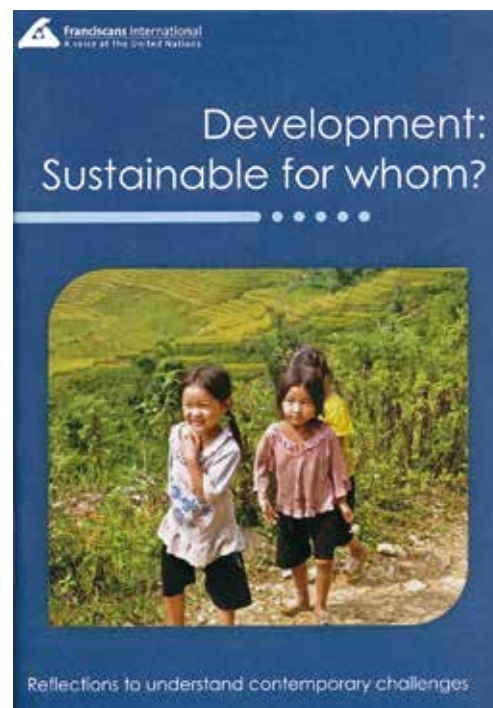
Um die Vereinten Nationen, den Menschenrechtsrat und andere wichtige Akteure noch stärker zu engagieren, veranstaltete FI parallel zum Forum zu Wirtschaft und Menschenrechten in Genf vier Konferenzen. Hier versammelten sich Sprecherinnen und Sprecher aus der ganzen Welt, um über Menschenrechtsverletzungen durch die Rohstoffindustrie zu diskutieren. Vertreten waren die Länder Palästina, Philippinen, Kenia, Südafrika, Sambia, Brasilien, Thailand und DR Kongo.

Durch Kapazitätsaufbau, allgemeine Lobbyarbeit und gezieltes Lobbying bei diplomatischen Missionen sowie durch das Engagement mit den Vereinten Nationen und den Partnern hat FI bedeutende Fortschritte darin erzielt, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Verantwortung von Wirtschaft und Regierungen für eine nachhaltige Entwicklung im Einklang mit den Menschenrechten zu lenken.

2013 hat FI die Broschüre „Entwicklung: Nachhaltig für wen?“ erarbeitet, die verschiedene Modelle und Ideen für eine nachhaltige Entwicklung diskutiert. Die Texte beschäftigen sich mit Armutsbeseitigung, grüner Wirtschaft, Klimawandel, Zugang zu Wasser, Nahrungsmitteln und Landwirtschaft sowie Bergbau.

Wirtschaft und Menschenrechte

FI setzte sich zusammen mit internationalen und regionalen Partnern für größeren Rechtsschutz zur Durchsetzung ethischer Wirtschaftspraktiken ein, insbesondere im Hinblick auf die negativen Auswirkungen der Rohstoffindustrie und der Energiewirtschaft auf die Umwelt und die Menschenrechte. Vor dem Menschenrechtsrat thematisierte FI die schädlichen Einflüsse des Bergbaus auf die Menschenrechte in Peru, Argentinien, Indonesien, Brasilien, den Philippinen und der DR Kongo. Länderspezifische Lobbyarbeit mit Blick auf Regierungsverpflichtungen und Wirtschaftsregulierung führte FI in der DR Kongo, Kamerun, Indien, Indonesien (West-Papua), den Philippinen, Argentinien, Brasilien, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kanada, Kolumbien, Panama, Peru, Uruguay und den Vereinigten Staaten durch.



Im Jahr 2013 konnte FI sich finanziell kurz- und mittelfristig stabilisieren und das Jahr mit einem Überschuss von beinahe 100.000 CHF (aus freien Spenden) abschließen. Dieser Betrag wird uns beim Aufbau einer Sicherheitsreserve für die Organisation helfen.

Wir konnten auch das Aufwandsverhältnis zwischen Lobbyarbeit und Verwaltung verbessern (siehe Grafik). Die Restrukturierung der Organisation führte zu einer wesentlichen Reduktion der Verwaltungskosten und trug somit zur Stärkung unserer Lobbyarbeit bei.

Zudem gelang es uns, die Beziehungen zu unseren Spenderinnen und Spendern zu vertiefen, was eine bessere Planung für die Zukunft ermöglicht. Bis Ende 2013 konnten wir folgende Erfolge verbuchen:

- Von verschiedenen Geberorganisationen erhielten wir Mehr-Jahres-Zusagen für die Jahre 2013, 2014 und von einzelnen für 2015.
- Für 2014 ist bereits ein Betrag in Höhe von 568.000 CHF bewilligt oder fest zugesagt (300.000 CHF von franziskanischen Orden und Gemeinschaften sowie 268.000 CHF von Geberorganisationen für bestimmte Projekte). Dies sind 63 Prozent des Gesamtbudgets für 2014.

Um unsere Einnahmequellen zu diversifizieren, sprachen wir gezielt potenzielle neue Spenderinnen und Spender an. So erhielten wir bedeutende Zuwendungen von zwei neuen Hilfswerken in Höhe von insgesamt 260.000 CHF für 2013 und 2014.

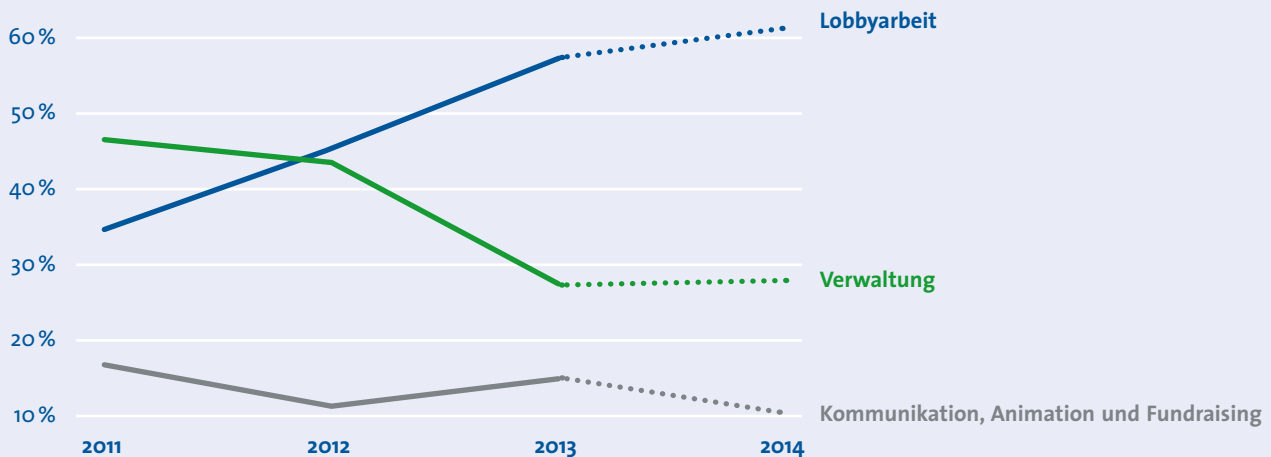
Unsere Bemühungen um finanzielle Nachhaltigkeit werden wir im kommenden Jahr fortsetzen und damit unser Engagement für die Zukunft stärken.

WIR DANKEN UNSEREN UNTERSTÜTZERN

Die Arbeit von FI ist zur Gänze abhängig von der Unterstützung durch die franziskanischen Orden und Kongregationen, durch Hilfswerke und Stiftungen sowie durch franziskanisch gesinnte Menschen. FI möchte an dieser Stelle den franziskanischen Orden und Kongregationen sowie folgenden Hilfswerken und Stiftungen von Herzen für ihre Großzügigkeit danken:

Adveniat (Deutschland), Cordaid (Niederlande), Fastenopfer (Schweiz), Franziskaner Mission (Deutschland), Hans-Wilsdorf-Stiftung (Schweiz), Mensen met een Missie (Niederlande), Miseen Cara (Irland), Misereor (Deutschland), Missionszentrale der Franziskaner (Deutschland), Rose Marie Khoo Foundation (Singapur-Schweiz), Stadt Meyrin (Schweiz), Trócaire (Irland).

Aufwand: Entwicklungstendenzen

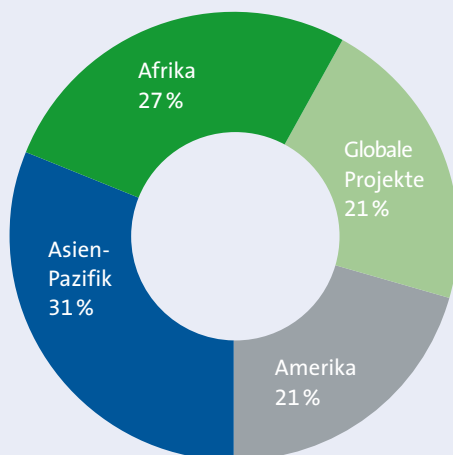


FINANZEN IM ÜBERBLICK 2013

(Überprüft durch unabhängige und akkreditierte Revisoren)

	CHF	Prozent
Einnahmen		
Franziskanische Orden und Kongregationen	336,395	39.5 %
Hilfswerke und Stiftungen	501,436	58.8 %
Andere Spenden	14,444	1.7 %
Gesamte Einnahmen	852,275	
Ausgaben		
Lobbyarbeit	(394,689)	57.9 %
Kommunikation, Animation und Fundraising	(99,650)	14.6 %
Verwaltung	(187,857)	27.5 %
Gesamte operative Ausgaben	(682,196)	
Nicht operative Ausgaben und Verschiedenes		
Abschreibungen	(16,140)	
Zinsen und Bankgebühren	(4,129)	
Außerordentliche Ausgaben	(45,388)	
Fremdwährungsverluste	(6,268)	
Gesamte nicht-operative Ausgaben	(71,926)	
Jahresergebnis	98,153	

Regionale Verteilung der Lobby-Projekte (2013)



Jede und jeder kann einen Unterschied machen: Auch Sie können die Arbeit von FI unterstützen!

Handeln

- Franziskus-Fan oder überzeugt von der Arbeit von FI? Über die FI-Website und den elektronischen Newsletter Franciscan Voice können Sie sich über die Aktivitäten von FI auf dem Laufenden halten und unsere Inhalte weiterverbreiten sowie über die sozialen Medien unsere Arbeit unterstützen.
- Sie arbeiten an der Basis? Informieren Sie uns über Ihre Anliegen, Erfolge und Erfahrungen mit lokalen Gemeinschaften und engagieren Sie sich mit uns für eine positive Zukunft für die Menschen auf der ganzen Welt.
- Student/-in oder interessiert an einem Praktikum? Melden Sie sich bei uns und sammeln Sie Erfahrungen.

Spenden

FI ist vollständig von Spendengeldern abhängig, die von franziskanischen Orden und Kongregationen stammen, aber auch von Hilfswerken und Stiftungen, von Kirchengemeinden und Menschen, die sich von den franziskanischen Werten ansprechen lassen: Solidarität, Friede, soziale Gerechtigkeit und Respekt vor der Umwelt.

- „5 für Franziskus“ („5 for Francis“) ermöglicht es Ihnen, regelmäßig kleine Beiträge zu leisten. Es ist ein einfacher Weg, die Arbeit von FI durch das Jahr hindurch zu unterstützen.
- Details zu „5 for Francis“ oder anderen Spendenmöglichkeiten finden Sie unter: <http://franciscansinternational.org>

Bankverbindungen

Schweiz:

Kontoinhaber: Franciscans International

Adresse:

37-39 rue de Vermont, CH 1202 Geneva

Name der Bank: UBS SA

Adresse der Bank:

Route de Florissant 59, CH - 1206 Geneva

SWIFT/BIC: UBSWCHZH80A

Clearing No. 240

CHF Konto Nr: 240-357384.01F,

IBAN: CH69 0024 0240 3573 8401 F

EUR Konto Nr: 240-357384.61W,

IBAN: CH85 0024 0240 3573 8461 W

USA:

Kontoinhaber: Franciscans International

Adresse: 246 E. 46th St.,

Apt. #1F, New York, NY 10017-2937

Name der Bank: JPMorgan Chase Bank

Adresse der Bank:

One UN Plaza, New York NY 10017 USA

Kontonummer: 292500458265

ABA Number: 021000021

Währung: USD



ABKÜRZUNGEN

CEDAW	Committee on the Elimination of Discrimination against Women Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau
CESCR	Committee on Social, Economic and Cultural Rights Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
CFS	Contemporary Forms of Slavery Moderne Formen der Sklaverei
CRC	Committee on the Rights of the Child Ausschuss für die Rechte des Kindes
DRC	Democratic Republic of Congo Demokratische Republik Kongo
ECOSOC	United Nations Economic and Social Council Wirtschafts- und Sozialrat
EU	European Union Europäische Union
FI	Franciscans International
HRC	Human Rights Council Menschenrechtsrat
IP	Indigenous peoples Indigene Bevölkerung/indigene Völker
JPIC	Justice, Peace, and Integrity of Creation Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung
MNW	Mining Working Group Arbeitsgruppe Bergbau
NGO	Non-governmental organization Nichtregierungsorganisation (nichtstaatliche Organisation)
OFS	Secular Franciscans Order Franziskanische Gemeinschaft
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights Amt des hohen Kommissars (der Vereinten Nationen) für Menschenrechte
PNG	Papua Neuguinea
Sinfrajupe	Servico Inter – Franciscano de Justica, Paz e Ecologia Inter – Franziskanischer Dienst für Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie
SR	Special Rapporteur Sonderberichterstatter/ -in
UN	United Nations Vereinte Nationen
UNICEF	United Nations Children’s Fund Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UPR	Universal Periodic Review Allgemeine Regelmäßige Überprüfung



Adressen

Franciscans International: 37–39 rue de Vermont, P.O. Box 104, CH-1211 Geneva 20, Switzerland, T +41 22 779 40 10, F +41 22 779 40 12, geneva@fiop.org

Franciscans International in New York: 246 East 46th Street #1F, New York, NY 10029, UNITED STATES, T: +1(917) 675 1075, newyork@fiop.org

Impressum

Franciscans International: 37–39 rue de Vermont, P.O. Box 104, CH-1211 Geneva 20, Schweiz, T +41 22 779 40 10, F +41 22 779 40 12, geneva@fiop.org

Design: meinhardt Verlag und Agentur, Magdeburgstraße 11, 65510 Idstein, Deutschland, T +49 6126 9 53 63-0, F +49 6126 9 53 63-11, info@meinhardt.info

Abbildungen: picture-alliance / dpa: p. 2, p.17 unten rechts, p. 19 unten rechts, p. 20, p. 22 / 23; Common Licence: p.16 mitte links; andere Bilder: Vereinte Nationen, FI oder Archiv Meinhardt

Verfasserin: Mrs. Rena Gashumba unter dankenswerter Mitwirkung des FI-Teams in Genf und New York



Franciscans International

A voice at the United Nations

Unsere Vision

Eine Weltgemeinschaft, in der die Würde jeder Person respektiert wird, die Ressourcen fair geteilt werden, die Umwelt geschont wird und Nationen sowie Völker in Frieden leben.

Unsere Mission

Wir sind die franziskanische Stimme bei den Vereinten Nationen und setzen uns für die Verletzlichen, die Vergessenen und die verwundete Erde ein.

25 YEARS

1989-2014